Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5196**

16. Wahlperiode 02. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4204 –

Bürokratieabbau in Europa – Kein Freibrief zum Abbau von Arbeits- und Umweltschutz

A. Problem

Mangelnde Berücksichtigung sozialer Aspekte beim Bürokratieabbau in Europa, Entwicklung neuer Instrumente der Bürokratiekostenmessung, die auch den gesellschaftlichen Nutzen einer Rechtsvorschrift messen; systematische Einbeziehung von Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden in die Vorhaben zum Bürokratieabbau; rechtzeitige und umfassende Information des Europäischen Parlaments durch die EU-Kommission über ihre Absichten bezüglich der Initiative zur „Besseren Rechtsetzung“.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4204 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Albert Rupprecht (Weiden) Stellvertretender Vorsitzender	**Kerstin Andreae** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/4204** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. März 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. spricht sich dafür aus, im geplanten Bürokratieabbau in Europa keinen Freibrief für den Abbau von Arbeits- und Umweltschutzvorschriften zu sehen. Die Initiative der EU-Kommission für eine bessere Rechtsetzung leide an einer sozialen Schieflage. Gesetze und Vorschriften würden als bürokratische Belastungen für Unternehmen aufgefasst, nicht als gesellschaftlich notwendige Regelungen, die soziale und ökologische Standards gewährleisten sollten. Diese Schieflage werde durch eine neue Leitlinie der Kommission zur Gesetzesfolgenabschätzung verschärft. Neue Regelungen würden danach zuerst nach Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit beurteilt, sozial- und umweltpolitische Aspekte zweitrangig behandelt. Die deutsche Ratspräsidentschaft soll die einseitige Ausrichtung der Initiative „Bessere Rechtsetzung“ an den Interessen der Wirtschaft beenden. Als Maßstab seien vielmehr die Interessen der Arbeitnehmer sowie das Allgemeininteresse am Umweltschutz heranzuziehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Initiative auf einen „sozialen Kurswechsel“ zu dringen, wonach Arbeits- und Umweltschutz den wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet werden dürfe. Neue Instrumente der Bürokratiekostenmessung müssten entwickelt werden, die auch den gesellschaftlichen Nutzen einer Rechtsvorschrift messen. Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände müssten in die Vorhaben zum Bürokratieabbau einbezogen werden. Darüber hinaus soll die Regierung Vorschläge unterbreiten, wie die Bürger künftig stärker auf das Vorhaben einer besseren Rechtssetzung Einfluss nehmen könnten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/4204 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 45. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4204 in seiner 32. Sitzung am 21. März 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4204 zu empfehlen.

Berlin, den 28. März 2007

Kerstin Andreae
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333